

12129

Stenographisches Protokoll

139. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 4. April 1986

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 12130)

Entschuldigungen (S. 12130)

Fragestunde (98.)

Land- und Forstwirtschaft (S. 12130)

Schuster (749/M); Vonwald

Scheucher (740/M); Neumann, Alois Huber, Scholger

Öffentliche Wirtschaft und Verkehr (S. 12133)

Burgstaller (753/M); Probst, Rechberger, Dkfm. Gorton

Brandstätter (763/M); Burgstaller

Bergsmann (764/M); Hintermayer, Helmut Wolf, Burgstaller

Kuba (757/M); Dkfm. Gorton, Mag. Kabas, Schemer

Strobl (758/M); Dr. Steidl, Dr. Stix, Brennsteiner

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Matzenauer, Peter, Dr. Helga Hieden und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird (9. Schulorganisationsgesetz-Novelle) (187/A)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Steinbauer und Genossen (1830/AB zu 1843/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Gugenberger und Genossen (1831/AB zu 1933/J)

12130

Nationalrat XVI. GP — 139. Sitzung — 4. April 1986

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Wimmersberger, Gossi und Kapaun.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Khol und Landgraf.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Schuster (**ÖVP**) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

749/M

Warum haben Sie der Einheitswerterhöhung in der Regierung zugestimmt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Sie fragen mich, warum ich der Erhöhung der Einheitswerte zugestimmt habe. Ich muß darauf hinweisen, daß ja eine Erhöhung der Einheitswerte nicht beschlossen wurde. Die Vorlage, die im Parlament liegt, sieht vor, daß eine Hauptfeststellung in den Jahren 1986/87 durchgeführt wird. Im Jahr 1988 wird die Auswertung kommen, und ab 1. Jänner 1989 wären dann die Konsequenzen zu ziehen, die übrigens dem Prinzip nach schon im Bewertungsgesetz 1955 festgeschrieben sind.

Ich muß aber doch der Ordnung halber sagen: Dieses Problem, das zur Debatte steht, gehört zum Vollziehungsbereich des Finanzministers. Ich füge als Landwirtschaftsminister nur hinzu, daß die landwirtschaftlichen Grundstücke durch diese Vorlage, die zur Debatte steht, nicht berührt sind.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Schuster:** Herr Bundesminister! Ihre Aussage, daß das Bewertungsänderungsgesetz in die Kompetenz des Herrn

Finanzministers fällt, ist aber trotzdem aus meiner Sicht so zu beurteilen, daß Sie als Mitglied dieser Bundesregierung im Ministerrat zugestimmt haben.

Während die Bauern, wie Sie wissen, in Österreich eine wöchentliche Arbeitszeit von 64 Stunden haben und durch Verzicht auf Urlaub und durch hohe Eigenleistungen ihre Wohnhäuser verbessern, werden sie durch diese eigentumsfeindliche Besteuerung wesentlich schlechter gestellt.

Ich möchte Sie fragen: Was hat Sie im Ministerrat bewogen, dieser Regierungsvorlage zuzustimmen, die speziell bei den Bauernhäusern bei verschiedenen Gebäudeklassen eine Erhöhung bis zu 200 Prozent bringen kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter, ich habe schon darauf hingewiesen: Die landwirtschaftlich genutzten Grundflächen werden nicht berührt. Ich würde nicht davon sprechen, wenn ich die Interessen der Bauern vor Augen habe, daß die Bauern durch das Bewertungsgesetz benachteiligt sind. Diese Debatte würde ich im Interesse unserer Bauern vermeiden, weil das Bewertungsgesetz doch auf die Situation der bäuerlichen Familien Rücksicht nimmt.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Schuster:** Wenn Sie, Herr Bundesminister, auf die Bauernfamilien Rücksicht nehmen, und das wollen wir bäuerlichen Abgeordneten der Volkspartei selbstverständlich auch, darf ich doch auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Deutschmann und Zittmayr vom 24. Februar dieses Jahres hinweisen, in der diese beiden Abgeordneten Sie konkret gefragt haben, ob Sie die Zurückziehung der Regierungsvorlage 738 der Beilagen beantragen werden. Sie haben auf diese Anfrage unvollständig geantwortet. Sie meinten nämlich, der Finanzminister sei dafür zuständig.

Ich darf Sie als den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft fragen: Die Zurückziehung einer Regierungsvorlage kann die Bundesregierung gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Nationalrates jederzeit bis zur Abstimmung im Ausschuß vornehmen. Werden Sie dies im Interesse der Bauern tun?

Präsident

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter, noch einmal: Das Bewertungsgesetz gibt es seit dem Jahr 1955. Dieses Gesetz ist natürlich mit den Stimmen jener Partei beschlossen worden, die damals den Bundeskanzler gestellt hat. Ein Einfrieren der Einheitswerte kann niemand wollen, auch nicht im Interesse der Bauern. Es knüpfen sich ja auch sozialversicherungsrechtliche Konsequenzen an diese Frage.

Ich würde Sie darum ersuchen, daß Sie diese Fragen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen diskutieren. Ich danke Ihnen für dieses Verständnis, das Sie offenbar haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Vonwald.

Abgeordneter **Vonwald (ÖVP):** Herr Bundesminister! Die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft ist katastrophal. Es gäbe sicherlich einige Möglichkeiten der Verbesserung. Eine wäre eine Anhebung von Erzeugerpreisen, eine zweite wäre eine Absenkung der Belastungen. In beiden Bereichen gehen wir in Österreich den verkehrten Weg. Wir haben laufend eine Abwärtsentwicklung unserer Erzeugerpreise und eine Steigerung von Belastungen. Vor allem die Einheitswertentwicklung in den letzten Jahrzehnten hat uns schwer zu schaffen gemacht.

Sie sind ja oberster Anwalt der österreichischen Bauern. Was werden Sie unternehmen, um die Belastungen zu verringern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Diese Frage kann sicher nicht so gelöst werden, daß wir bei den Einheitswerten ansetzen. Aber es geht natürlich darum, alles zu tun, um die Produktion dem inländischen Bedarf besser anzupassen, damit die hohen Belastungen, die wir bei den Exporten für die Bauern, für die Konsumenten und für die Steuerzahler haben, zumindest verringert werden. Wir werden ja heute noch eine Vorlage diskutieren, die auch diesem Zwecke dient und die einen wichtigen Schritt bedeuten wird.

Präsident: Wir kommen nun zur Anfrage 2: Abgeordneter Scheucher (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

740/M

Welche Maßnahmen haben Sie seit der Seuche im Bundesgestüt Piber unternommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Seit dieser Seuche, die uns vor so große Probleme in Piber gestellt hat und durch die in der Tat die Lipizzanerzucht in Österreich gefährdet schien, wurden ganz entscheidende Maßnahmen vor allem im genetischen Bereich getroffen. Wir haben seither aus den Gestüten in den Ländern der früheren österreichisch-ungarischen Donaumonarchie, nämlich in der Tschechoslowakei, in Friaul, in Jugoslawien, in Rumänien, in Ungarn bestes Zuchtmaterial angekauft. Wir haben damit die Voraussetzung geschaffen, daß die Lipizzanerzucht in Österreich, wenn Sie so wollen, das Herzstück der Lipizzanerzucht überhaupt geworden ist.

Das Problem nach der Seuche war ja, daß die genetische Grundlage dadurch wesentlich eingengt worden ist. Dem mußten wir entgegen treten. Der Aufbau einer neuen genetischen Basis erfolgte in Zusammenarbeit mit der Veterinärmedizinischen Universität.

Zu diesen Maßnahmen kommen natürlich noch eine Reihe anderer, zum Beispiel bauliche Maßnahmen. Wir haben mit einer Gestütspräsentation begonnen, wir haben dafür Sorge getragen, daß ein Anpaarungsprogramm auf wissenschaftlicher Basis wesentlich erweitert zur Verfügung steht. Ich freue mich, sagen zu können, daß damit die österreichische Lipizzanerzucht besser dasteht als je zuvor.

Für den Fremdenverkehr ist auch einiges geschehen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Scheucher:** Herr Bundesminister! Das Bundesgestüt Piber ist nicht nur die Kinderstube der weltberühmten Lipizzaner, Piber ist in den letzten Jahren eine weitgeschätzte Sehenswürdigkeit geworden. Aus diesem Grund hat das Bundesgestüt Piber für die Region Voitsberg-Köflach auch eine fremdenverkehrspolitische Bedeutung. Ich frage Sie daher, welche Maßnahmen in Vorbereitung sind, um dieser Bedeutung gerecht zu werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr

12132

Nationalrat XVI. GP — 139. Sitzung — 4. April 1986

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Abgeordneter! Was den Fremdenverkehr betrifft, war sicher die entscheidende Änderung, daß wir die technischen und baulichen Voraussetzungen hergestellt haben, um Gestütspräsentationen durchführen und Führungen mit entsprechenden Begleitprogrammen in verbesserter Weise anbieten zu können. Es ist sicher auch wichtig, daß das Fahren nun ganz besonders gepflegt und weiterentwickelt wird. Ich glaube, daß damit das Bundesgestüt Piber mehr denn je ein Anziehungspunkt für Gäste aus dem Inland und aus dem Ausland sein wird.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Scheucher:** Herr Bundesminister! Die Spanische Reitschule geht jährlich auf Tournee. So steht heuer Skandinavien auf dem Programm, nächstes Jahr Brüssel und die Bundesrepublik Deutschland.

Ich frage Sie daher, wie Sie zu einem Gastspiel der Spanischen Reitschule in der steirischen Landeshauptstadt Graz stehen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter, eine sehr freimütige Antwort: Ich hielte es für sehr problematisch, wenn wir nun laufend Gastspiele in den Bundesländern durchführen würden. Das ist auch bisher nie geschehen. Aber ebenso, wie wir in Wien auch außerhalb unseres traditionellen Hauses Gastspiele durchführen, wäre für die Steiermark aus guten Gründen eine Ausnahme geboten, weil das Gestüt Piber in der Steiermark liegt und damit ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem steirischen Gestüt Piber und der Spanischen Reitschule besteht. Ich würde also einem Gastspiel dieser Art sehr, sehr gerne zustimmen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter **Neumann (ÖVP):** Herr Minister! Die Maßnahmen für Piber, die Sie jetzt erwähnt haben, sind auf dem Zuchtsektor beachtlich, ansonsten im allgemeinen sehr bescheiden. Vor allem sind sie ein alter Hut und haben in der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage vom 30. November 1984 bereits zur Gänze ihren Niederschlag gefunden.

Herr Minister! Sie haben jetzt bei der Besprechung der Maßnahmen vor allem den finanziellen Aufwand für diese Maßnahmen wohl absichtlich unerwähnt gelassen, weil der Aufwand für die Renovierung des Schloßho-

fes an der Tschechengrenze, für die Errichtung einer Reitakademie und für einen Kontumazstall, der nach Ihren Aussagen ursprünglich in der Nähe von Piber hätte errichtet werden sollen, größer ist als die Ausgaben für Piber selbst.

Nach Ihren Aussagen war in Piber selbst eine einzige Großinvestition vorgesehen, zu der es bis heute nicht gekommen ist, nämlich die Errichtung eines Wirtschaftshofes mit Kranken- und Isolierställen, mit Apotheken und Sozialräumen. Sie sagten selbst in dieser schriftlichen Anfragebeantwortung: Die Errichtung dieses Baukomplexes soll im Frühjahr 1985 begonnen werden, Baukosten 28 Millionen.

Wir haben jetzt April 1986, und es wurde noch nicht begonnen mit dieser einzigen Großinvestition.

Präsident: Bitte die Frage.

Abgeordneter **Neumann (fortsetzend):** Es ist also eine Situation, die nicht nur für Piber, sondern für die gesamte Region mit ihrer hohen Arbeitslosenrate mehr als bedauerlich ist.

Herr Minister! Ich frage Sie: Wann werden Sie endlich nicht nur mit Worten, sondern mit Taten für die Errichtung dieser Großinvestition die finanziellen Mittel einsetzen und für einen raschen Baubeginn sorgen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter! Ich danke Ihnen zunächst, daß Sie zumindest die züchterischen Bemühungen außer Streit und außer Diskussion stellen, diese könnte man auch nicht bestreiten.

Bei dem, was in Piber geschehen ist, handelt es sich nicht um alte Hüte. Jeder, der Piber besucht, kann sich überzeugen, was sich alles zum Besseren geändert hat. Daher, glaube ich, werden die Gäste dort das Urteil sprechen, und das geschieht bei jeder Gestütspräsentation, bei jedem Besuch in Piber.

Wir haben einen jährlichen Aufwand für die Schloßrenovierung von 5 Millionen Schilling. Es werden sicherlich noch weitere Mittel erforderlich sein. Aber die Beurteilung durch die Gäste, die Piber besuchen, erfolgt ja nicht nach dem Grundsatz: Werden jetzt mehr Mittel oder weniger Mittel investiert?, sondern danach: Wie schauen die Gebäude aus? Was

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

ist geschehen? Wie präsentiert sich das Gestüt?

Ich darf Ihnen sagen: Die bisherigen Investitionen waren sparsam, das ist notwendig, aber es ist alles Erforderliche geschehen, und das Gestüt präsentiert sich in bester Weise. Darüber sollten wir uns gemeinsam freuen, Herr Abgeordneter. (Abg. Neumann: ... Fragebeantwortung!)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Huber Alois.

Abgeordneter Alois Huber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Im Gestüt Piber wird nicht nur Lipizzanerzucht betrieben, sondern auch Rinderhaltung. Zum Zwecke der Erhaltung vom Aussterben bedrohter Rinderrassen werden diese nun dort angeschafft.

Meine Frage an Sie: Wie weit ist dieses Projekt bereits gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter! Wir haben ja das Problem mit der Milch: Zuviel Milch! Milch, die exportiert werden muß, oder Milchprodukte, die aus dieser Milch erzeugt werden, können nur zu Spottpreisen auf den Weltmärkten untergebracht werden. Die Bauern müssen die Milchmarktordnung mit den Beschränkungen zur Kenntnis nehmen. Daher schien es nicht zweckmäßig, Milchproduktion in Piber weiterzuführen.

Wir haben daher den Kuhstall geräumt, brauchen aber die Rinderhaltung im Hinblick auf die Beweidungen, weil man nicht unentwegt nur Pferde auf den zur Verfügung stehenden Flächen weiden lassen kann.

Wir haben daher aus guten Gründen einen Weg beschritten, der im Hinblick auf die Erhaltung der Genreserven im Rinderbereich wichtig ist. Wir halten nunmehr eine Murbodner Rinderherde. Das ist von den Wissenschaftlern sehr begrüßt worden. Ich glaube, die öffentliche Hand, der Staat, hat die Verpflichtung, einen Beitrag in dieser Richtung zu leisten. Diese Rinderherde besteht, und die Entwicklung ist sehr erfreulich.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Scholger.

Abgeordneter Scholger (SPÖ): Herr Bundesminister! Seit Juli des vergangenen Jahres

steht das Bundesgestüt Piber unter gemeinsamer Leitung mit der Spanischen Hofreitschule.

Meine Frage an Sie lautet: Welche Vorteile ergeben sich aus dieser gemeinsamen Führung? Gibt es darüber schon positive Erfahrungen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Wir haben überhaupt eine sehr gute personelle Besetzung, das ist heute auch in der Steiermark völlig unbestritten, obwohl es ursprünglich sehr viel Diskussion darüber gegeben hat. Alle Politiker dieser Region, und zwar von allen politischen Parteien, sagen, daß sie mit dieser Entwicklung sehr zufrieden sind. Die ÖVP-Politiker sagen es unter Umständen hinter vorgehaltener Hand, aber einige sagen es auch sehr freimütig.

Diese gemeinsame Leitung hat den großen Vorteil, daß es keine Rivalitäten mehr geben kann, die wir früher immer wieder gehabt haben. Diese Frage ist ausgeräumt, man ist in Wien zufrieden, man ist in Piber zufrieden. Ich glaube, daß eine gute Lösung getroffen worden ist.

Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Präsident: Wir kommen zur 3. Anfrage: Abgeordneter Burgstaller (ÖVP) an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

753/M

Wie hoch ist der Finanzbedarf der ÖIAG für die nächsten fünf Jahre?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erlaube mir, die Anfrage des Herrn Abgeordneten Burgstaller wie folgt zu beantworten:

Der Finanzbedarf für die ÖIAG für die nächsten fünf Jahre ist vor Vorlage der Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnungen und vor allem der Unternehmenskonzepte, die auf mittlere Frist erstellt werden müssen, seriöserweise nicht abschätzbar, denn es geht ja darum, wenn man den gesamten Finanzbedarf nimmt, sowohl die Zuführung von Eigenmitteln als auch von Fremdmitteln abzuschätzen. Es wird nicht nur eine Frage der Ertrags-

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm

situation der Unternehmen sein, sondern auch der Einschätzung der zukünftigen Ausichten und schließlich auch eine Frage der Einschätzung ihrer optimalen Kapitalstruktur.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Bundesminister! Es hätte mich überrascht, wenn Sie mir eine Antwort auf meine Frage gegeben hätten. Es scheint so zu sein, daß Sie in Ihrem Bereich, wie bereits feststellbar bei Intertrading und Merx, wiederum nicht wissen, wie es weitergehen soll. Aber Sie wissen sehr genau, wenn der Abgeordnete Taus im Hohen Haus und in einer Pressekonferenz den Finanzbedarf der ÖIAG-Gruppe mit etwa 37 Milliarden bis 43 Milliarden Schilling für die nächsten drei Jahre angibt, daß dieser Betrag, dieser Finanzbedarf nicht stimmt.

Jeder ordentliche Geschäftsmann, jeder ordentliche Unternehmer wird in etwa den Finanzbedarf seines Unternehmens für die nächsten fünf Jahre kennen. Das hängt nicht unmittelbar mit der Vorlage der Bilanzen zusammen.

Ich darf Sie daher nochmals fragen: Wie hoch ist in etwa der Finanzbedarf für die nächsten fünf Jahre der gesamten ÖIAG-Gruppe?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Burgstaller! Sie meinen offenbar nicht den Finanzbedarf, sondern Sie meinen den Bedarf, der durch öffentliche Zuschüsse erbracht werden soll. Das ist durchaus etwas anderes.

Ich kann zu den Schätzungen des Herrn Abgeordneten Taus nur eines sagen: Ich habe sie nicht hinsichtlich ihrer Höhe, sondern hinsichtlich des Zustandekommens der Rechnung bezweifelt. Und hinsichtlich des Zustandekommens der Rechnung zeigt sich derselbe Irrtum, der Ihnen jetzt offenbar unterlaufen ist, nämlich damit zu rechnen, daß Finanzbedarf auch Eigenmittelzuführung in jedem einzelnen Fall bedeuten muß. So ist etwa vom Abgeordneten Taus in dieser Pressekonferenz und, ich glaube, auch im Hohen Haus der Finanzbedarf für den Neubau einer Elektrolyse einfach zu 100 Prozent dem Eigenmittelbedarf zugerechnet worden. Ich glaube, daß das nicht notwendig ist.

Herr Abgeordneter Burgstaller! Die Kühn-

heit, hier einfach aufzurechnen und zu sagen, es sind 37 oder 43 oder 50 Milliarden Schilling (*Abg. Dr. Lichal: Wieviel aber, Herr Minister? Das ist keine Antwort!*), diese Kühnheit will ich deswegen nicht an den Tag legen, weil ich mich als Eigentümervertreter an das zu halten habe, was in den Unternehmungen erarbeitet wird und was dann schließlich in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium als öffentlicher Zuschußbedarf festgehalten werden muß. (*Abg. Dr. Lichal: Sie wissen es nicht!*)

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Bundesminister! Sie reden von Irrtum. Der größte Irrtum ist wohl Ihnen unterlaufen, und zwar bei der Führung der verstaatlichten Unternehmungen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir sind in den größten Schwierigkeiten seit Bestehen der verstaatlichten Unternehmungen in der Zweiten Republik. Es ist ein gewaltiger Finanzbedarf erforderlich, und es geht auch darum, daß dieser Finanzbedarf den Unternehmungen rasch zur Verfügung gestellt wird, damit die zugeführten Mittel investitionswirksam werden.

Daher ist es eine zwingende Voraussetzung, sich über den Finanzbedarf, über die Mittel, die zugeführt werden müssen, Klarheit zu verschaffen im Sinne der Arbeiter und Angestellten in diesen Unternehmungen, aber auch im Sinne des Parlaments und der Steuerzahler.

Ich darf Sie also nochmals fragen: Können Sie in etwa den Finanzbedarf für 1986 und 1987 für die verstaatlichten Unternehmungen bekanntgeben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Burgstaller! Ich habe darauf hingewiesen, daß es in den Unternehmungen derzeit Beratungen über die Unternehmenskonzepte gibt, daß derzeit versucht wird, einzuschätzen, was das an Zuschuß seitens der öffentlichen Hand bedarf. Ich bin überzeugt davon, daß die Vorstände das in ihrer Eigenverantwortlichkeit sehr rasch tun werden, daß sie das so schnell wie möglich tun werden, denn ihnen liegt das Wohl der Unternehmungen zumindest genauso am Herzen wie Ihnen, Herr Abgeordneter Burgstaller.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Probst

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Keiner von uns würde in ein Kaufhaus gehen, um dort zum Beispiel ein Eßbesteck zu kaufen, wenn ununterbrochen gesagt wird, daß dieses Kaufhaus wahnsinnig in Schwierigkeiten steckt und wahrscheinlich pleite machen wird. Der Betreffende hätte dann nämlich Angst, daß er nichts nachkaufen kann, falls das Kaufhaus wirklich pleite geht.

Dieses ewige Lamento über eine zweifelsohne traurige Situation und ein derart geballtes Maß an Unwissen, Verwechslungen und Fehlinterpretationen sind Dinge, die sich in der Öffentlichkeit in Österreich langsam eigentlich selbst richten müßten.

Herr Bundesminister! Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, wenn man immer von Zuschüssen redet, die zweifelsohne geleistet werden müssen — wir haben ja Enttäuschungen erlebt —, auch einmal zu erfahren, wie hoch denn global gesehen und insgesamt die Steuerleistungen der verstaatlichten Industrie sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter Probst! Zur Einleitung auf Ihre Frage möchte ich nur festhalten, daß es zweifellos im Interesse aller liegen müßte, bei diesen Unternehmungen wieder Ruhe einkehren zu lassen. Ich bin mir dessen bewußt, daß die verstaatlichte Industrie eine Informationsverpflichtung der Öffentlichkeit gegenüber hat. Auf der anderen Seite, glaube ich, besteht die Verpflichtung der Öffentlichkeit, die Verpflichtung aller politischen Parteien der verstaatlichten Industrie gegenüber, die Unternehmen arbeiten zu lassen, denn es geht ja nicht nur um die Erhaltung der hunderttausend Arbeitsplätze, sondern es geht auch um ganz wesentliche Kooperationen mit Zulieferungen von der privaten Industrie und unsere Präsenz auf den ausländischen Märkten.

Zu Ihrer Frage möchte ich sagen, daß die Steuerleistung der verstaatlichten Industrie — das letzte Jahr, über das mir Bilanzen vorliegen, ist das Jahr 1984 — im Jahr 1984 14,5 Milliarden Schilling betragen hat. Seit 1981 ist die Entwicklung rund 10,5, 12,7, 14,2 Milliarden Schilling. Das sind die Steuerleistungen, die von der verstaatlichten Industrie in den vier Jahren erbracht worden sind. Seit 1970 waren es insgesamt etwa 153 Milliarden Schilling. (Abg. Dr. Lichal: Das haben sich die Steuerzahler ja selbst bezahlt!)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Rechberger.

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Bundesminister! Wir sind es ja beinahe schon gewohnt, daß der Herr Abgeordnete Burgstaller als Beschäftigter in der verstaatlichten Industrie sehr negative Aussagen über diese verstaatlichte Industrie macht. Ich möchte Sie deshalb fragen: Welche Bedeutung hat die verstaatlichte Industrie für die gesamtösterreichische Industrie, und wie hoch ist insbesondere ihre Exportleistung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die verstaatlichte Industrie beschäftigt etwa 18 Prozent, also etwas mehr als ein Sechstel, der Gesamtbeschäftigten in der Industrie. Was die Investitionsquote, was die Exporte betrifft, ist ihr Anteil höher als der der Beschäftigten. Das heißt, wir haben eine Exportleistung in der verstaatlichten Industrie, die über der durchschnittlichen Exportleistung liegt. Es sind Waren im Wert von rund 71 Milliarden Schilling, die insgesamt von der verstaatlichten Industrie, von den Betrieben des ÖIAG-Konzerns im vergangenen Jahr exportiert worden sind.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Bundesminister! Zunächst möchte ich die Unterstellung des Abgeordneten Rechberger zurückweisen, daß sich Burgstaller mit kritischen Fragen gegen die verstaatlichte Industrie wendet. Ganz im Gegenteil! Wir wollen Transparenz, um zu wissen, wie es in der verstaatlichten Industrie aussieht, damit wir auch zu ihr stehen können.

Herr Bundesminister! Es ist erschütternd, wenn Sie als verantwortlicher Ressortminister auf die Frage des Abgeordneten Burgstaller im April 1986 keine Antwort geben können hinsichtlich des zusätzlichen Finanzbedarfes in der Ihnen unterstellten verstaatlichten Industrie in den Jahren 1986 und 1987.

Sie lassen sich heute durch Beharrungsbeschluß den Haftungsrahmen für die ÖIAG von 32 Milliarden auf 40 Milliarden Schilling erweitern. Aber Sie müssen doch heute auch in der Lage sein, uns im Hohen Haus bekanntzugeben, welchen Zuschußbedarf die verstaatlichten Unternehmungen in den Jahren 1986 und 1987 haben werden.

12136

Nationalrat XVI. GP — 139. Sitzung — 4. April 1986

Dkfm. Gorton

Ich darf also die Frage wiederholen: Welchen Finanzierungsbedarf und damit auch Zuschußbedarf wird die verstaatlichte Industrie, die ÖIAG-Gruppe, in den Jahren 1986 und 1987 haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist nicht erschütternd, daß ich diese Frage hier nicht beantworte, sondern es erklärt sich sehr leicht — und Sie wissen das auch, sehr geehrter Herr Abgeordneter — aus der Situation der VOEST-ALPINE, bei der wir gezwungen sind, eine Neuformulierung der gesamten Unternehmensstrategie vorzunehmen.

Es ist völlig unseriös, irgendwelche Schätzungen von privater Seite dazu abzugeben, bevor nicht der Vorstand oder der Aufsichtsrat dieses Unternehmenskonzept gebilligt hat, bevor das nicht mit der Holdinggesellschaft abgesprochen worden ist. Ich bin der Auffassung, daß Privatleute keine Schätzungen anstellen sollten. Umso mehr muß ich es mir selbst verbieten, hier eine Schätzziffer auch nur zu nennen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)* Denn, sehr geehrter Herr Abgeordneter Lichal, zuständig für die Führung der Unternehmen sind die Vorstände und die Aufsichtsräte, und das wird auch so bleiben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Sie sind der zuständige Minister! Sehr beachtlich!)*

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Brandstätter (ÖVP) an den Herrn Minister.

763/M

Warum stimmen Sie einer Ausgliederung der VEW aus der VOEST-ALPINE nicht zu?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zur Frage des Herrn Abgeordneten Brandstätter ist nur eines zu bemerken: Es ist in diesem neuen Gesetz betreffend die Holdinggesellschaft der verstaatlichten Industrie vorgesehen, daß das bisher gesetzlich verankerte Konzernverhältnis zwischen VOEST-ALPINE und VEW in der jetzigen Form nicht aufrechterhalten werden soll, sondern es sollen in Zukunft die üblichen aktienrechtlichen Vorschriften gelten. Das heißt, es wird letztes Endes eine Frage der Zweckmäßigkeit sein, die von den Unternehmensorganen zu entscheiden ist, ob es zur Beibehaltung der jetzigen Konstruktion oder

zu einer Änderung dieser Konstruktion kommt. Ich weiß nicht, aus welcher Bemerkung Herr Abgeordneter Brandstätter den Schluß ziehen kann, daß ich hier nicht zugestimmt hätte.

Herr Abgeordneter Brandstätter! Es ist das Gegenteil der Fall. Die Opposition hat dadurch, daß sie diesem Gesetz im Hohen Haus die Zustimmung verweigert und auch im Bundesrat mit Mehrheit Einspruch erhoben hat, das, was Sie offenbar monieren, bisher zu verhindern versucht.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Brandstätter: Herr Bundesminister! Erstens wird das Gesetz beschlossen werden. Zweitens ist dieses Gesetz von uns ja nicht deswegen abgelehnt worden, weil diese Möglichkeiten enthalten sind. Aber Sie kennen ja den Beschluß des Zentralbetriebsrates, die Resolutionen, wo die Belegschaftsvertreter diese Ausgliederung fordern.

Daher meine Frage, und zwar auf Grund der Tatsache, daß sich die Belegschaftsvertreter durch die Ausgliederung einen Aufschwung, Eigeninitiative erwarten: Sind Sie nicht wenigstens durch diese Beschlüsse in der Auffassung bestärkt, daß eine Ausgliederung notwendig ist, und werden Sie für eine Ausgliederung eintreten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Brandstätter! Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie den Beschlüssen der Betriebsräte in der verstaatlichten Industrie einen so hohen Stellenwert einräumen und ihnen eine so hohe Seriosität beimessen. Das ist in der Vergangenheit in diesem Haus von Ihrer Fraktion nicht immer so gesehen worden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Das ist eine Unterstellung! Die weisen wir zurück, Herr Minister, Herr Superminister!)*

Herr Abgeordneter Brandstätter, ich habe daher auch das gemacht, was ich in diesem Zusammenhang für meine Pflicht halte. Ich habe mit den Kollegen ... *(Abg. Dr. Lichal: Polemisieren von der Regierungsbank! Beantworten Sie die Fragen der Abgeordneten! Sie werden gefragt, antworten Sie! Sie sind Minister! — Abg. Dr. Schranz: Kennen Sie die Geschäftsordnung? — Abg. Dr. Lichal: Ja, aber er soll die Fragen beantworten!)*

Präsident: Meine Herren! Am Wort ist der Minister!

Präsident

Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dkfm. **Lacina** (*fortsetzend*): Ich habe den Kollegen vom Zentralbetriebsrat der VEW mitgeteilt, daß wir diese Frage selbstverständlich in Diskussion ziehen werden. Ich habe in der letzten Woche ein erstes Gespräch mit dem Generaldirektor der Vereinigten Edelstahlwerke, Herrn Dr. Schmollgruber, in dieser Frage gehabt und auch gebeten, daß es zu entsprechenden Kontakten zwischen den Vorständen der VOEST-ALPINE und der Vereinigten Edelstahlwerke kommen soll.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Brandstätter**: Herr Minister! Sie haben hier wohl etwas unterstellt, aber meine Frage nicht beantwortet, ob Sie bereit sind, für eine Ausgliederung einzutreten. Das war die Frage.

Die nächste Frage, Herr Bundesminister! Es hat ja den Beherrschungsvertrag gegeben, also das Weisungsrecht der VOEST-ALPINE für die anderen Betriebe. Sind Sie der Überzeugung, daß dieser Beherrschungsvertrag in dieser Form weiter bestehen soll für den Fall, daß Sie für die Ausgliederung nicht eintreten werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Brandstätter! Nochmals: Ich sehe es nicht als die Aufgabe des Eigentümerversreters der ÖIAG an, in Fragen der reinen Zweckmäßigkeit der Unternehmensorganisation der verstaatlichten Industrie, die zwei Unternehmen, nämlich die Vereinigten Edelstahlwerke und die VOEST-ALPINE, betreffen, durch Äußerungen irgend etwas zu präjudizieren. Ich glaube, daß ausschließlich sachliche Gründe hier zur Entscheidung führen sollen. Das liegt auch — das darf ich hinzufügen — im Interesse des Zentralbetriebsrates.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Burgstaller.

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Bundesminister! Während die Volkspartei dafür eintritt, daß die Belegschaftsrechte, die Rechte des Betriebsrates ausgebaut werden, während wir vollinhaltlich zum § 110 Abs. 3 stehen, wonach die Betriebsräte im Aufsichtsrat vertreten sind, legen Sie im Hohen Haus ein Gesetz vor, aufgrund dessen Sie für den Aufsichtsrat der ÖIAG nicht Betriebsräte,

sondern Vertreter nominieren wollen, die aus dem Bereich der Arbeiterkammern, des Arbeiterkammertages kommen. Das ist die Realität.

Präsident: Herr Kollege, die Frage 4 lautet anders. Bitte zur Frage 4.

Abgeordneter **Burgstaller** (*fortsetzend*): Wir, die Volkspartei, stehen zum Arbeitsverfassungsgesetz. Sie eliminieren diesen Paragraphen und stellen ...

Präsident: Herr Abgeordneter, die Frage 4 lautet anders. Sie haben zur Anfrage eine Frage zu stellen.

Abgeordneter **Burgstaller**: Herr Präsident! Sie erlauben mir eine Vorbemerkung zur Frage ...

Präsident: Nein, Sie haben eine Frage zu stellen.

Abgeordneter **Burgstaller** (*fortsetzend*): Herr Bundesminister! Zur Frage 4. Ich bin mir sicher, daß ich von Ihnen wieder keine Antwort bekomme. Ich frage Sie trotzdem. (*Abg. Marsch: Unerhört! Ihr Benehmen ist unerhört!*)

Die Ausgliederung der VEW, die Verselbständigung der VEW geht etwa drei Jahre zurück. Sie hängt überhaupt nicht zusammen mit dem ÖIAG-Gesetz und ist eine wichtige Voraussetzung nach Meinung der Manager und der Betriebsräte, die Flexibilität, die unternehmerische Kapazität zu erhöhen.

Präsident: Herr Kollege, bitte, Sie können sich kurz fassen. Ich glaube, das können Sie auch. (*Abg. Dr. Schranz: So steht es in der Geschäftsordnung!*)

Abgeordneter **Burgstaller** (*abschließend*): Herr Bundesminister! Bis wann werden Sie entsprechend Ihren Möglichkeiten für eine Verselbständigung der VEW eintreten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Burgstaller! Ich habe bereits darauf hingewiesen und ich weise neuerlich darauf hin, daß das für mich eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, nicht eine Frage, die auf politischer Ebene zu entscheiden ist. Das heißt, es wird eine Entscheidung in den Unternehmensorganen, in den Unternehmensorganen der VOEST-ALPINE, der VEW und schließlich der ÖIAG geben. Diese sind nach

12138

Nationalrat XVI. GP — 139. Sitzung — 4. April 1986

Bundesminister Dkfm. Lacina

dem jetzt geltenden Gesetz, aber auch nach dem in Zukunft geltenden Gesetz dazu berufen.

Präsident: Wir kommen zur Frage 5: Abgeordneter Bergsmann (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

764/M

Wie werden 1 760 Eisenbahner nach dem ÖBB-Mittelfristplan eingespарт?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! In der Anfrage ist offenbar ein Zahlensturz passiert, es ist eine falsche Zahl darin genannt. Aber gemeint ist offenbar, daß der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen in seiner 3-Jahres-Vorschau vorhat, Rationalisierungseffekte wirksam werden zu lassen, und zwar durchaus in zwei Richtungen. Das eine ist der Abbau von Überstunden mit einem Äquivalent von etwa 1 670 Beschäftigten oder einem Ersparnis von so vielen Bediensteten, das durch natürlichen Abgang zu erreichen wäre. Das ist eine unternehmerische Zielsetzung des Vorstandes der ÖBB, die natürlich jetzt mit den Gewerkschaften, mit den Vertrauensleuten zu besprechen ist.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Bergsmann: Herr Minister! Es ist richtig, in der Anfrage ist ein Ziffernsturz passiert, das ist aber lediglich ein Schreibfehler.

Der Mittelfristplan, Herr Minister, umfaßt einen Zeitraum von rund drei Jahren. 1 670 Bedienstete in etwa drei Jahren einzusparen, das entspricht rund 500 pro Jahr.

Wenn ich mir vorstelle, daß seit Beendigung des Wiederaufbaus etwa so viele Bedienstete bei den Bundesbahnen sowieso pro Jahr eingespарт wurden — Anfang der siebziger Jahre hatten die Bundesbahnen noch rund 75 000 Bedienstete, jetzt sind es rund 69 000 —, dann muß ich sagen, das entspricht einer Fortführung der bisherigen Gepflogenheiten, was die Rationalisierungen anbelangt.

Viel wichtiger erscheint mir daher — und das wäre meine Frage — der nächste Absatz in diesem Mittelfristplan, der da lautet: Zur Eindämmung des Verlustwachstums wird darüber hinaus eine weitere Reduktion des Personalstandes vorgenommen werden müs-

sen. — Herr Minister, was heißt das in Zahlen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn das in Zahlen greifbar wäre (*ironische Heiterkeit des Abg. Dr. Lichal*), dann hätte das der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen sicherlich auch in diesen Mittelfristplan hineingeschrieben, denn er ist — auch wenn das die Heiterkeit von Abgeordneten erregt (*Abg. Dr. Lichal: Wieder keine Antwort!*) — voll für das verantwortlich, was in dem Unternehmen vor sich geht. Herr Abgeordneter Lichal, das werden Sie ja nicht bestreiten: Der ÖBB-Vorstand hat die Geschäfte des Unternehmens Österreichische Bundesbahnen zu führen. Das bedeutet, daß man natürlich versuchen wird, die Leistungen des Unternehmens zu steigern, daß man aber gleichzeitig dem Ziel der Wirtschaftlichkeit voll verpflichtet ist, das heißt, daß man alle Einsparungsmöglichkeiten auf allen Sektoren wahrnehmen muß.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Bergsmann: Herr Minister! Auch hinter nicht genannten Einsparungszahlen stehen Einzelschicksale von Menschen und von Familien. Auch wenn man in Zeiten höherer Arbeitslosigkeit durchaus dazu stehen kann und auch soll, daß Modernisierungen und Rationalisierungen weiterhin durchgeführt, vielleicht sogar verstärkt durchgeführt werden sollten, um einen Betrieb rationell zu machen, erscheint mir doch die Wichtigkeit des Einzelschicksals sehr entscheidend. Es gibt dafür bei den Österreichischen Bundesbahnen, um Umschulungen und ähnliche Dinge, vor allem Verständigungen durchzuführen, einen Sozialplan. Sind Sie bereit, diesen die Einsparungen betreffenden Sozialplan zu verbessern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Begründung Ihrer Anfrage gehe ich mit Ihnen vollkommen konform. Auch ich sehe das so, nämlich, daß es hier darum geht, wirtschaftliche Zielsetzungen durchzusetzen, aber dabei natürlich nicht das Schicksal des einzelnen außer Betracht zu lassen. Das war auch der Grund dafür, warum ich gemeint habe, daß über diese mittelfristigen Vorstellungen des Vorstandes sehr intensive Gespräche mit Gewerkschaft und Personalvertretung zu führen sind, insbesondere, wenn das notwendig

Bundesminister Dkfm. Lacina

sein sollte, über eventuell zu erstellende Sozialpläne, wie das auch in der Vergangenheit der Fall war.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es ist richtig, daß der ÖBB-Mittelfristplan an der Basis draußen Verunsicherung und Unruhe hervorruft. Meine Frage an Sie lautet daher: Wird es zu Personalfreisetzung kommen? (Abg. Dr. *Lichal: Das steht ja drinnen!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist sicherlich nicht vorgesehen, daß es zu Personalfreisetzung über den natürlichen Abgang hinaus oder über das hinaus, was durch Sozialpläne erreicht werden kann, kommt, sondern es wird versucht, genau das zu erreichen, was auch in den letzten Jahren schon erreicht worden ist, nämlich durch zusätzliche Investitionen auch Rationalisierungseffekte herbeizuführen, wobei die erste Zielsetzung des Bundesbahnvorstandes zweifellos die Erhöhung des Geschäftsvolumens sein wird, was neue Beschäftigung für die Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen bedeuten muß. Glücklicherweise ist das durch eine beträchtliche Steigerung des Verkehrsaufkommens in den letzten Jahren auch gelungen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Helmut Wolf.

Abgeordneter **Helmut Wolf** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! In dieser Frage ist sicher der ÖVP eine gewisse Doppeltzungigkeit vorzuwerfen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Während sich Kollege Bergsmann bemüht, Dienstposten zu erhalten, sagt bei jeder Gelegenheit der Verkehrssprecher der ÖVP, der Abgeordnete DDr. König, daß es gelingen müßte (*Rufe bei der ÖVP: Frage!*), morgen schon 10 000 Dienstposten bei der Eisenbahn einzusparen (*Rufe bei der SPÖ: Genau! Das ist es!*), obwohl gerade bei der Eisenbahn in den letzten Jahrzehnten immer wieder Dienstposteneinsparungen vorgenommen wurden und das Leistungsangebot ausgeweitet wurde. (*Weitere Rufe bei der ÖVP: Frage! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Lichal: Herr Präsident! Bitte gleiche Behandlung! Er muß auch fragen!*)

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang fragen: Wie viele Dienstposten wurden bei der Eisenbahn seit 1955, also in den letzten drei Jahrzehnten, eingespart?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Jahr 1956 einen Stand von 82 904, also von fast 83 000 Bediensteten gehabt. Im abgelaufenen Jahr betrug der Gesamtpersonalstand 70 961. Insgesamt wurden also fast 12 000 Dienstposten bei den Österreichischen Bundesbahnen in diesem Zeitraum eingespart.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Burgstaller.

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Die Ankündigung des Kollegen Wolf von der SPÖ, der Verkehrssprecher der ÖVP möchte Zehntausende Arbeitsplätze einsparen, ist ein Gerücht und daher mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit des Abg. Dr. Schranz. — Abg. Dr. Lichal, zur SPÖ: Das ist eine Lüge! Das steht nicht drinnen! Vielleicht sollten Sie das einmal lesen! — Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Herr Bundesminister! Ich darf im Zusammenhang mit dem Mittelfristplan der ÖBB die Frage an Sie richten: Sie haben davon gesprochen, daß versucht wird, mit Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht aus diesem Mittelfristplan jedoch nicht ganz klar hervor: Werden jetzt 1 670 Arbeitnehmer in diesem Bereich eingespart, freigesetzt, oder rechnen Sie damit, daß durch diese Investitionen neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter Burgstaller! In der Beantwortung der ersten Frage habe ich darauf hingewiesen, daß es darum geht, die Rationalisierungseffekte, die sich durch die Investitionen ergeben haben, zu nutzen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß das allein durch den natürlichen Abgang ohne weiteres möglich wäre und daß das die Zielsetzung des Vorstandes ist.

Es gibt — noch einmal gesagt — beide Möglichkeiten. Wir werden die erste natürlich vorrangig zu nutzen haben, nämlich den Abbau von Überstunden in einem solchen Äquivalent. Die zweite Möglichkeit ist die Nutzung

12140

Nationalrat XVI. GP — 139. Sitzung — 4. April 1986

Bundesminister Dkfm. Lacina

des natürlichen Abganges, das heißt die Nichtwiederbesetzung von Dienstposten, so wie das — ich konnte das gerade vorhin ausführen — in der Vergangenheit auch geschehen ist. Wobei die Zielsetzung der Bundesbahnen immer sein muß, auch aus ökonomischen Gründen, nicht nur aus Beschäftigungsgründen, gleichzeitig ihre Dienstleistungen auszuweiten und damit wieder den im Unternehmen Bediensteten Beschäftigung zu geben.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Kuba (SPÖ) an den Herrn Minister.

757/M

Wann ist mit der vollen Inbetriebnahme des Großverschiebebahnhofes Wien-Kledering zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Zu der Anfrage des Herrn Abgeordneten Kuba möchte ich sagen, daß Wien-Kledering sich bereits im Teilbetrieb befindet und daß damit zu rechnen ist, daß noch im heurigen Jahr planmäßig der Vollbetrieb dieses Großverschiebebahnhofes anlaufen wird.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Kuba: Herr Bundesminister! Die Österreichischen Bundesbahnen bieten ja neue und zusätzliche Leistungen an, die Bemühungen dokumentieren sich in dem verstärkten Aufkommen auf dem Personenverkehrs- und vor allem auf dem Güterverkehrssektor.

Meine Frage an Sie im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Großverschiebebahnhofes Wien-Kledering: Welche quantifizierbaren Zeiteinsparungen ergeben sich dann für den Güterumschlag in diesem Bereich?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei voller Funktionsfähigkeit des Großverschiebebahnhofes Wien-Kledering wird es gelingen, die Transportzeiten um fast ein Drittel zu reduzieren. Das bedeutet bei der durchschnittlichen Dauer eines Transportes eine Zeiteinsparung von 6 Stunden 40 Minuten. Es ist keine Frage, daß durch eine solche Beschleunigung die Bahnverladung wesentlich attraktiver wird und den ÖBB eine Stärkung ihrer Konkurrenzposition gelingen wird.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Kuba: Da dieser Großverschiebebahnhof Kledering Kosten in Höhe von mehreren Milliarden Schilling erfordert hat, meine ergänzende Frage an Sie, Herr Bundesminister: In welcher Größenordnung sind im Zusammenhang damit Aufträge seitens der ÖBB an die heimische Wirtschaft vergeben worden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bundesbahn vergibt ihre Aufträge, soweit sie das nur irgendwie kann, an heimische Unternehmungen; der Prozentsatz liegt weit über 90 Prozent. Dazu kommt, daß natürlich auch ein guter Teil an Bauinvestitionen angefallen ist. Wir haben allein durch die Großverschiebebahnhöfe ein Volumen von über 10 Milliarden Schilling, das der österreichischen Wirtschaft auf diese Weise zugute gekommen ist. Darin sind Kledering und auch Villach-Süd mit enthalten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Bundesminister! Investitionen von über 3,5 Milliarden Schilling, wie sie in Kledering erforderlich sind, und von über 3 Milliarden Schilling, wie sie für Villach-Süd zum Tragen kommen, die aber erst nach zehn oder mehr Jahren wirksam werden können, stellen von vornherein, bedingt durch die späte Inbetriebnahme, die Wirtschaftlichkeit in Frage. Der jährliche Zinsendienst für die Baukosten muß bei einer solchen Vorgangsweise ja von vornherein den später erhofften Rationalisierungseffekt gewaltig mindern oder sogar fraglich machen.

Meine Frage an Sie: Was haben Sie in Ihrer bald zweijährigen Amtszeit dazu beigetragen, damit Kledering und Villach früher in Betrieb genommen werden können, um einen erhöhten Zinsendienst zu vermeiden und den Rationalisierungseffekt früher zum Tragen zu bringen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon in der Beantwortung der früheren Frage darauf verwiesen, daß Kledering einen Teil seiner Kapazität natürlich heute schon zur Verfügung stellen kann. Sie können also nicht sagen, wir müssen bis zur völligen Fertigstellung eines

Bundesminister Dkfm. Lacina

solchen Großverschiebebahnhofes warten, bis alle Effekte eintreten. Das sind große Projekte, deren Leistungsfähigkeit zum Teil, und zwar zu einem sehr guten Teil, schon in der Zeit der Erstellung der restlichen Anlagen unter Beweis gestellt werden kann. Das betrifft sowohl Villach-Süd als auch Kledering.

Zu Kledering möchte ich bemerken, daß es dort keine Schwierigkeiten gegeben hat, sondern daß es zu einer planmäßigen Übergabe an den Vollbetrieb kommen wird, sodaß ich keine Möglichkeit, aber auch keine Notwendigkeit gesehen habe, dort einzugreifen.

Was Villach betrifft, so hat es zweifelsohne Verzögerungen gegeben. Mein Bemühen war es daher, aus dem Investitionsprogramm der Bundesbahnen, das letztlich aus dem Budget finanziert werden muß, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese Großbauvorhaben abgeschlossen werden können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Auch wenn es sich beim Gebiet des Großverschiebebahnhofes Wien-Kledering um ein relativ siedlungsarmes Gebiet handelt, werden doch bei einem solchen Großprojekt heutzutage Umweltschutz- und Lärmschutzmaßnahmen erforderlich sein, vor allem weil dort sehr viel in der Nacht gearbeitet werden wird.

Daher möchte ich Sie fragen: Wie hoch waren die Kosten für die Lärmschutz- und Umweltschutzmaßnahmen bei diesem Großverschiebebahnhof Wien-Kledering?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist klar, daß die Bundesbahnen gerade im Gelände des Bahnhofes zu einer möglichst Abwehr von Lärmbelastungen der Bevölkerung beitragen müssen. Es hat auch Gespräche mit den Gemeinden gegeben, sehr harte Gespräche, die letztlich dazu geführt haben, daß ein sehr beträchtlicher Teil der Bausumme, nämlich fast 7 Prozent, das sind rund 250 Millionen Schilling, allein für diese Umweltschutzmaßnahmen aufgewendet werden mußten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schemer.

Abgeordneter **Schemer** (SPÖ): Herr Bun-

desminister! Durch die Inbetriebnahme dieser Anlage wird es ja zu einer Reduktion des Personals kommen müssen.

Welche Vorsorge haben die Österreichischen Bundesbahnen getroffen, um die dort freiwerdenden Beschäftigten anderwärtig unterzubringen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Tatsächlich ist die Zielsetzung der Errichtung eines solchen Bahnhofes natürlich ein Rationalisierungseffekt, wodurch eine Reihe von Dienststellen eingespart werden. Aber es ist schon seit langem ein Sozialplan in Ausarbeitung, es ist verhandelt worden, sodaß es zu einer Minimierung von sozialen Härten kommen wird und sicherlich nicht zu Freistellungen. Hier gibt es ein sehr gutes Einvernehmen mit der Personalvertretung und der Gewerkschaft.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Strobl (SPÖ) an den Herrn Minister.

758/M

Welche Maßnahmen setzen die ÖBB zur Entlastung der B 312 (Loferer Straße) vom LKW-Schwerverkehr?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Österreichischen Bundesbahnen werden versuchen, durch ein Konzept, das mit den Landeshauptleuten von Tirol und Salzburg, mit dem Landesstatthalter des Landes Vorarlberg, mit dem Wirtschaftsminister der Bayerischen Staatsregierung und mit dem Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland abgesprochen wurde, zu einer Auffächerung des Verkehrs in der West-Ost-Richtung und umgekehrt durch die Zurverfügungstellung einer „rollenden Landstraße“ beizutragen, die zwischen Wels und Wörgl eingerichtet werden soll und deren Verlängerung nach Wien möglich ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Strobl:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie kennen die Problematik des Lkw-Verkehrs in Tirol. Ich glaube, daß die Tiroler Bevölkerung damit am meisten belastet ist. In der Nord-Süd-Verbindung ist Tirol durch die Inntal Autobahn und die Brenner Autobahn zum Durchhaus für Europa geworden.

Strobl

Nun gibt es neuerdings Probleme auf der B 312, auf der Loferer Straße. Es gibt bereits einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse, weil dieses Gebiet in der Hauptsache Fremdenverkehrsgebiet ist. Damit haben sich auch der Tiroler Landtag und die Tiroler Landesregierung beschäftigt, und es soll nun zu einem Nachtfahrverbot kommen. Daher ist es wichtig, daß die Österreichischen Bundesbahnen eine Aktivität und eine Initiative setzen.

Ich möchte die Frage stellen: Wie viele Züge werden die ÖBB auf dieser Strecke führen, um den Lkw-Verkehr zu übernehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir sind uns genau dieser Problematik, die Sie erwähnt haben, voll bewußt. Es war gerade bei diesem Gespräch in Innsbruck völlig klar, daß wir eine Reihe von Problemen zu lösen haben. An erster Stelle steht die Belastung der Bevölkerung, aber auch des Fremdenverkehrsgebietes entlang dieser Straße. Wenn man die Gegend kennt, wenn man den Straßenverlauf kennt, weiß man, daß die Situation tatsächlich für die Bevölkerung unerträglich ist.

Daher haben wir versucht, jene Bemühungen, die es schon seit geraumer Zeit gibt, die allerdings die Kooperationsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland und vor allem auch der Bayerischen Staatsregierung voraussetzen, neuerlich jetzt in Innsbruck anzusprechen. Ich bin guter Erwartung, daß wir sehr bald in dieser Arbeitsgruppe zu einer Verbesserung kommen werden, zu einer Verbesserung auch dadurch, daß die Österreichischen Bundesbahnen acht Zugpaare, also insgesamt 16 Züge, in dieser Relation einsetzen werden, was natürlich auch erfordert, daß wir mit der Deutschen Bundesbahn, mit dem deutschen Verkehrsministerium — hier wurden die entsprechenden Gespräche auch geführt — zu einer Vereinbarung kommen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Strobl:** Herr Bundesminister! Wenn es nun zu einem Teil zu einer Verlagerung des Lkw-Schwerverkehrs auf die Schiene zwischen Wels und Wörgl kommt, dann ist es sicher wichtig, daß die Bundesbahnen dieses Angebot auch attraktiv machen.

Daher die Frage: Wie lange wird die Fahrzeit sein? Ist vorgesorgt, daß eine rasche Be- und Entladung möglich ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Herr Abgeordneter! Zur Fahrzeit ist zu sagen, daß mit einer Fahrzeit von 3 1/2 Stunden, 3 Stunden 40 Minuten, zu rechnen ist. Wir werden uns bemühen, auch Be- und Entladung so unbürokratisch und so schnell wie möglich durchzuführen. Das ist gerade bei der „rollenden Landstraße“ eine Notwendigkeit, aber auch eine gute Möglichkeit.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Steidl.

Abgeordneter Dr. **Steidl** (ÖVP): Herr Minister! Seit Jahren, um nicht zu sagen, seit Jahrzehnten, ist die schier unerträgliche Belastung der Anrainer an der Loferer Bundesstraße bekannt. Es ist daher kein Wunder, daß die Bevölkerung zu Notwehrmaßnahmen in Form von Straßenblockaden schreitet.

Die von Ihnen in Aussicht gestellte „rollende Landstraße“ vermag dieses Problem nur zum Teil zu lösen. Es ist, glaube ich, allgemeine Erkenntnis, daß nur durch Mitbenützung der Autobahn Salzburg — Rosenheim das Problem gelöst werden kann.

Wann, Herr Minister, glauben Sie, daß eine solche Vereinbarung mit dem deutschen Verkehrsminister zustande kommen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin mir bewußt, daß die Situation für die Bevölkerung dort außerordentlich schwierig ist. Ich habe darauf hingewiesen, daß ich das auch aus eigenem Ansehen weiß, und ich habe eine Reihe von Gesprächen dort geführt.

Ich bin mir auch bewußt, daß die bisherigen Bemühungen der Landeshauptleute von Tirol und von Salzburg in ihren Gesprächen mit den Vertretern des Landes Bayern, aber auch mit den Vertretern der deutschen Bundesregierung ebensowenig zu einem Erfolg geführt haben wie die Gespräche, die wir auf Bundesebene gehabt haben. Das war der Grund, warum dieser Verkehrsgipfel nach Innsbruck einberufen worden ist, um noch einmal sehr klar auch der deutschen Seite zu zeigen, worum es geht.

Es geht um die Bewältigung eines im wesentlichen österreichischen Transitverkehrs, für den aber auf der österreichischen Seite allein nicht die Voraussetzungen vorlie-

Bundesminister Dkfm. Lacina

gen. Sie haben völlig recht, Herr Abgeordneter, die Bundesbahnen können nur einen Teil der Probleme lösen, die dort entstehen. Ein anderer Teil des Verkehrs kann aufgrund der Natur dieses Verkehrs nicht verlagert werden, und ein dritter sollte über die Autobahn gehen.

Wir wissen alle, daß es auch hier Schwierigkeiten und Hindernisse gibt. Aber die Arbeitsgruppe, die zusammengerufen wurde, hat sich einen Termin gestellt, sodaß ich optimistisch bin, daß noch vor der Fremdenverkehrssaison des Sommers eine Lösung mit der deutschen Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung gefunden werden kann.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Uns allen ist klar, daß die Probleme um die B 312 im Schutzinteresse der Anrainer gelöst werden müssen. Aber eine nicht befriedigende Lösung des Problems bestünde darin, wenn es einfach auf den Raum Kufstein verlagert würde.

Daher die Frage an Sie, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, in Gespräche mit der Stadt Kufstein einzutreten mit dem Ziel, eine notwendige Verringerung des Schwergutverkehrs im entsprechenden Abschnitt der Innatal Autobahn im Raum Kufstein zu erörtern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin selbstverständlich zu diesen Gesprächen bereit.

Was aber die Frage Lofer, Verkehr und Umfahrung, betrifft, so erlaube ich mir doch, darauf hinzuweisen, daß es nur drei Möglichkeiten gibt. Die erste: Weiter so wie bisher. Ich glaube, das ist unerträglich für die Anrainergemeinden, für das gesamte Land, aber nicht nur für Tirol, sondern auch für Salzburg.

Die zweite Möglichkeit ist eine Vollverlagerung auf die deutsche Autobahn. Selbst wenn wir sie anstreben würden, und sie wurde ja von einigen Landeshauptleuten angestrebt, wissen wir, daß die deutsche Seite das nicht akzeptiert, und ich weiß auch, Herr Abgeordneter, daß das in Kufstein nicht akzeptiert würde.

Die dritte Möglichkeit ist eine volle Verlagerung auf die Bahn. Das ist aus der Natur des

Verkehrs, aber auch aufgrund der Kapazitäten, die zur Verfügung stehen, nicht möglich.

Daher bemühen wir uns um eine mögliche Reduktion der Belastung in allen Relationen, und die ist dadurch gegeben, daß man eine Auffächerung des Verkehrs auf alle möglichen Verbindungswege anstrebt. Aber wir sind gerne bereit, auch mit den Vertretern der Gemeinde Kufstein über dieses Problem zu sprechen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Brennsteiner.

Abgeordneter Brennsteiner (SPÖ): Herr Bundesminister! Das am 7. April in Kraft tretende LKW-Nachtfahrverbot bringt auch für das Bundesland Salzburg beziehungsweise für den Bezirk Zell am See eine Reihe von Problemen. Ich verstehe die Argumente und die in Erwägung gezogenen Maßnahmen unserer Fuhrunternehmer.

Darüber hinaus gibt es auch fremdenverkehrspolitische Überlegungen. In den „Salzburger Nachrichten“ stand gestern, daß im Raum Unken — Lofer und Leogang Parkplätze für Schwerfahrzeuge gesucht werden und daß zu prüfen ist, ob die LKWs über Zell am See, Mittersill und den Paß Thurn ausweichen können. Damit verlagert man das Problem auf alle Fälle nach dem Florianiprinzip in ein anderes Bundesland, und das ist sicherlich nicht richtig.

Meine Frage: Wie ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen mit der Bundesrepublik bezüglich einer Teilverlagerung des Schwerverkehrs auf die Autobahn Rosenheim — Kufstein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wäre zweifellos in der jetzigen Situation nicht von Vorteil, wenn es zu unüberlegten Aktionen, zu Blockaden oder ähnlichem kommen würde. Mir ist völlig klar, daß wir unter Zeitdruck stehen. Die Arbeitsgruppe, die eingesetzt worden ist, arbeitet auch konstruktiv, und ich habe schon gesagt, ich hoffe, daß wir zu einer übereinstimmenden Meinung kommen werden.

Allerdings ist es nicht ganz einfach, weil die deutsche Seite eine ganze Reihe von Gegenforderungen erhoben hat, die von der österreichischen Wirtschaft, insbesondere von den österreichischen Frächtern, abgelehnt werden, unter anderem etwa Forderungen auf

12144

Nationalrat XVI. GP — 139. Sitzung — 4. April 1986

Bundesminister Dkfm. Lacina

dem Gebiet der Mauten. Aber ich hoffe, daß es gelingen wird, sehr bald zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Fragestunde zum Aufruf bringen.

Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1830/AB und 1831/AB eingelangt sind.

Ich gebe ferner bekannt, daß in der 139. Sitzung der Selbständige Antrag 187/A eingebracht wurde.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Freitag, den 4. April 1986, 10 Uhr 05, ein.

Die Tagesordnung ist im Saal verteilt.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten